

Sehr geehrter *Ministerin* [Name einfügen],

ich wende mich mit der dringenden Bitte an Sie, sich bei der Präsidentin der Europäischen Kommission, dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidenten der Kommission, dem Handelskommissar der EU sowie bei Ihren Kolleg*innen im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass das EU-Israel-Assoziierungsabkommen zumindest in Teilen umgehend ausgesetzt wird.

Die Gräueltaten in Gaza – und zunehmend auch im besetzten Westjordanland – durch die israelische Regierung verlangen ein klares Handeln der EU als Israels größtem Handelspartner. Nachdem der Europäische Auswärtige Dienst (EEAS) selbst festgestellt hat, dass in Gaza Menschenrechte verletzt werden, läuft auch unser Land als EU-Mitglied Gefahr, an schweren Kriegsverbrechen mitschuldig zu werden. Konkret bitte ich Sie und Ihre Kolleg*innen:

1. **Setzen Sie die Handelsprivilegien im Rahmen des Assoziierungsabkommens aus** und verbieten Sie – im Einklang damit – den Handel mit **illegalen israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland**, die nach internationalem Recht verboten sind.
2. **Sanktionieren Sie die Minister Itamar Ben-Gvir und Bezalel Smotrich** wegen ihrer Aufrufe zur Gewalt gegen Palästinenser*innen im Westjordanland und in Gaza – wie es bereits Australien, Kanada, Neuseeland, Norwegen und das Vereinigte Königreich getan haben.
3. **Verhängen Sie ein EU-weites Embargo** auf Waffenlieferungen, Militärtechnologie und Dual-Use-Güter an Israel – im Einklang mit dem **Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten** und dem **Waffenhandelsvertrag (ATT)**.
4. **Stoppen Sie die EU-Förderung über das Horizon-Forschungsprogramm** für israelische Organisationen und Unternehmen. Zwischen 2021 und 2024 flossen hierüber **1,1 Milliarden Euro**, wovon laut Medienrecherchen etwa ein Viertel an Einrichtungen ging, die mit dem israelischen Militär verbunden sind.

Sie haben am **15. Juli** beim EU-Außenminister*innenrat die Möglichkeit, zu handeln. **Konkrete Maßnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen sind auch ohne Einstimmigkeit im Rat möglich**, etwa durch qualifizierte Mehrheitsentscheidungen bei Handelsfragen – wie etwa einem Importverbot für Produkte aus illegalen Siedlungen. Seit nunmehr 21 Monaten wird Gaza unaufhörlich bombardiert:

Über **15.000 Kinder wurden getötet**, Zehntausende verletzt. Seit Oktober 2023 wurden **fast 200.000 Zivilist*innen – also etwa jede zehnte Person in Gaza –**

getötet oder verletzt. Krankenhäuser, Schulen und lebenswichtige Infrastruktur wurden zerstört. Die Blockade von Wasser, Nahrung und Hilfsgütern hat Gaza an den Rand einer Hungersnot gebracht. Auch im besetzten Westjordanland erleben Palästinenser*innen beispiellose Gewalt, Vertreibung und Angriffe durch extremistische Siedler – **unter dem Schutz israelischer Sicherheitskräfte.**

Trotz all dem gewährt die EU Israel weiter **bevorzugten Zugang zum europäischen Binnenmarkt** – immerhin gehen **28,8 % aller israelischen Exporte in die EU.** Das EU-Israel-Assoziierungsabkommen enthält eine **klare Menschenrechtsklausel:** Nur wenn beide Seiten grundlegende Menschenrechte achten, bleibt das Abkommen gültig. Diese Klausel wird offen verletzt – wie selbst der Bericht des Europäischen Auswärtigen Dienstes im Juni bestätigte.

Die EU hat in der Vergangenheit Handelsabkommen wegen Menschenrechtsverstößen ausgesetzt – **doch kein Fall war so extrem und so gut dokumentiert wie die Lage in Gaza und im Westjordanland.**

Die Krise hat in ganz Europa zu einer breiten Mobilisierung geführt: Im Juni protestierten **250.000 Menschen** in Brüssel und Den Haag im Rahmen der „Red March“-Demos. In zahlreichen Hauptstädten gehen Menschen weiterhin regelmäßig auf die Straße. Eine **Petition mit fast 400.000 Unterzeichnenden** fordert EU-Maßnahmen – unterstützt von **über 120 NGOs und Gewerkschaften.**

Die EU hat durch ihre Handelsbeziehungen mit Israel einzigartige Hebel, um Wirkung zu erzielen. Ihr Ansehen als Stimme für Demokratie, Kooperation und Rechtsstaatlichkeit steht auf dem Spiel. Tatenlosigkeit würde dieses Ansehen weiter beschädigen.

Bitte stellen Sie sich auf die Seite der **Menschenrechte, der Gerechtigkeit und der Solidarität** – und damit auf die Seite der Werte, für die Europa stehen will. **Europa muss handeln – oder den Anspruch aufgeben, für diese Werte zu stehen.**

Mit freundlichen Grüßen
[Dein Name]